Ein Kompromiß, der keiner ist: Fischer diktiert den Ärzten weiterhin die Einhaltung der Arzneibudgets

Von Dieter Schütz

Der Kompromiß steht auf tönernen Füßen. Das wurde bereits einen Tag, nachdem sich Kassenärztliche Bundesvereinigung, Krankenkassen und Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer im Streit um das Arzneibudget auf ein sogenanntes Aktionsprogramm verständigt hatten, deutlich.

Denn ein offenkundig eigenmächtiger Brief des stellvertretenden KBV-Hauptgeschäftsführers Dr. Lothar Krimmel an die Kassenärztlichen Vereinigungen der Länder stellte den „tragfähigen, praktikablen Kompromiß" (Fischer) vorübergehend in Frage. KBV-Chef Dr. Winfried Schorre mußte in einem Schreiben an die Ministerin die Gemüter erst mal wieder beruhigen.

Dieses Aktionsprogramm läßt offenbar viel Spielraum zur Interpretation. Haben der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Hans-Jürgen Thomas, und der FDP-Gesundheitspolitiker Dieter Thomae also recht, wenn sie von einem „Wortgeklingel" und einem „faulen Kompromiß" sprechen?

KBV-Chef Schorre pfeift eigenen Mann zurück

Arzneibudget '99 wird nicht neu verhandelt – es bleibt beim Regreß

Berlin (rv/br). Schadensbegrenzung bei der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV): Der KBV-Chef Dr. Winfried Schorre distanziert sich in einem Brief an Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer von den Äußerungen des stellvertretenden KBV-Hauptgeschäftsführers Dr. Lothar Krimmel.

Krimmel hatte in einem Brief an die Kassenärztlichen Vereinigungen unter anderem behauptet, Fischer habe „zugestanden", daß bei Überschreitung des Arzneibudgets „die daraus zu ziehenden Konsequenzen und weiterführende Maßnahmen neu verhandelt werden müssen". Schorre stellte nun klar, daß es bei der gesetzlichen Haftung der Vertragsärzte bei Budgetüberschreitungen bleibt und die Ministerin keine anderslautenden Zusagen gemacht hat.

Krimmels Brief bezog sich auf das Aktionsprogramm zur Einhaltung des Arznei- und Heilmittelbudgets 1999, auf das sich KBV, die Ministerin und die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) am 17. August verständigt hatten. Fischer hatte zuvor der KBV mit aufsichtsrechtlichen Schritten gegen das in der Öffentlichkeit heftig kritisierte Notprogramm gedroht. Das KBV-Notprogramm sah unter anderem Wartelisten und Notrezepte für Patienten vor, um die befürchtete Überschreitung des '99er Arzneibudgets abzuwenden.

Nachdem die KBV ihr Notprogramm zurückgezogen hat, soll nun das Aktionsprogramm Einsparungen bei Arzneimitteln bringen. Das Aktionsprogramm enthält wesentliche Elemente des Notprogramms. So ist unter anderem die „konsequente Umstellung der Arznei-Verordnungen im generikafähigen Bereich auf das untere Preisdrittel" vorgesehen, Wartelisten und Notrezepte sind dagegen getilgt. Am Freitag trafen sich Vertreter von KBV und GKV-Spitzenverbänden, um die Konkretisierung des Aktionsprogramms vorzubereiten.

Siehe auch Seite 2